

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4588. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13803. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 M., bei Wochenchrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Beilagen nehmen die Austräger, Zweigeldhüte und alle Volkankosten entgegen.

Die Frage der Autonomie Oberschlesiens.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses die oberschlesische Frage eine eingehende Erörterung erfahren. Wer geglaubt hat, daß die Reichsregierung und auch die preussische Regierung nunmehr sich endlich entschlossen hätten, durch Gewährung der *Autonomie* an Oberschlesien wenigstens einen letzten Versuch der Rettung dieses Landes zu machen, erzählt, daß innerhalb des Auswärtigen Ausschusses sich *lebhaft* *Widersprüche* gegen diese Absicht geltend machen. Die Deutschnationale sowohl wie die Deutsche Volkspartei, die selbstverständlich ihre alt-preussischen Ansichten noch immer nicht zu revidieren imstande sind, verlangen, daß Oberschlesien bei Preußen bleiben soll und scheinen eher damit einverstanden zu sein, Oberschlesien an Polen abzutreten als dem Reich zu erhalten. Selbstverständlich findet sich auch in der Zentrumsfraktion, vor allem im preussischen Zentrum erheblicher Widerstand gegen die Autonomie in Oberschlesien.

Die *Wolffsche Zeitung* berichtet, daß von einigen Seiten ein Kompromiß vorgeschlagen ist, der dahin geht, die Autonomie für Oberschlesien nicht sofort zu erklären, sondern nur die *Sperre* des Uebertragungsartikels 107 der Reichsverfassung für Oberschlesien auf zwei Monate zu ermäßigen. Der *Widerstand* gegen diesen Vorschlag ist aber immer noch sehr groß, und es ist zweifelhaft, ob es gelingen wird, ihn zu beseitigen. Die Entscheidung, die heute im Auswärtigen Ausschuss fällt, wird deshalb von größter Bedeutung sein, da man annehmen kann, daß von ihr die Erhaltung Oberschlesiens beim Reich überhaupt abhängen wird.

Der Fall Hermes.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat sich in seiner gestrigen Sitzung das Reichskabinett mit dem Fall Hermes beschäftigt. Entgegen der früheren Auffassung, daß die Untersuchung durch das Reichsjustizministerium eine völlige *Sakrosanctität* der Anlage ergeben werde, scheint man nunmehr zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß doch nicht alles ganz einwandfrei abgelaufen ist. In besonderen in der Fraktion der Deutschen Volkspartei, aus der ja der die Untersuchung leitende Reichsjustizminister stammt, ist man der Ueberzeugung, daß der Fall Hermes zu einer Krise, zum mindesten im Reichsjustizministerium führen muß. Die Deutsche Volkspartei wird sich noch eingehend mit der Angelegenheit befassen und von dem Entschluß der Fraktion wird wahrscheinlich die weitere Situation im Kabinett abhängen. Es ist durchaus möglich, daß das Zentrum an dem Reichsernährungsminister festhält, um nicht eine zweite Niederlage in der Art des Falles Erzberger zu erleiden, so daß es in diesem Falle nicht nur zu einer Kabinettskrise, sondern zu einer Krise unter den Parteien der Koalitionsregierung überhaupt kommen würde.

Der neu-kommunistische Gesandte für Moskau.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent aus den Kreisen der Neu-Kommunisten erfährt, haben sie sich entschlossen, auf die Einladung Sinowjews hin, ein deutsches Mitglied in die Exekutive der 3. Internationale zu entsenden, W. Hoffmann nach Moskau zu delegieren. Er wird sich voraussichtlich in etwa drei Wochen nach Moskau begeben.

Die Stellung der italienischen Sozialisten zu den kommunistischen Parteien.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet aus Basel: Nach der gegenwärtig tagenden Zusammenkunft der italienischen sozialistischen Parteileitung in Florenz wollen der politische Generalsekretär der Partei Sennari und der Chefredakteur des *Avanti Serrati* eine Reise nach Berlin antreten, um Besprechungen mit den deutschen und russischen Kommunisten zu pflegen. Sie haben in Rom um Ausfertigung ihrer Pässe nachgesucht.

Neue Streiks und Verhaftungen in Italien.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berl. Tageblatt meldet aus Basel: Die Eisenbahner der Strecke Pola-Cosenza sind in den *Ausstand* getreten, weil die Lohnzulagen nicht sofort ausgezahlt wurden. — In Neapel und Florenz sind wiederum *anarchistische Führer* verhaftet worden, die sich im Besitz von Waffen oder revolutionären Schriften befanden. In Florenz wurde in der Wohnung des Metallarbeiter-Sekretärs eine Hausdurchsuchung vorgenommen. — In Genoa sind nach mehrwöchiger Besetzung die chemischen Fabriken nach Verhandlungen mit der Regierung geräumt worden. Die *Aufnahme* der Arbeit erfolgt in den nächsten Tagen.

Einigung zwischen Landarbeitern und Grundbesitzern in Sizilien.

Wie der Frankfurter Zeitung aus Rom gemeldet wird, wurde zwischen den Grundbesitzern und den Landarbeitern der Provinz Catanzetta auf Sizilien ein Abkommen geschlossen, wonach die weitere Besetzung der *Landgüter* aufhört. Es handelt sich um die große agrarsozialistische Bewegung, in deren Verlaufe, wie wir berichtet haben, die Landarbeiter allein in Sizilien über 200 Güter besetzten. Es ist anzunehmen, daß die Grundbesitzer in den Verhandlungen gewisse Zugeständnisse gemacht haben.

Streik der englischen Bergarbeiter. Sympathiestreik der Eisenbahner? — Aussicht auf Belegung des Streiks.

London, 20. Oktober. Der Bergarbeiterführer Ashton erklärte in einer in Manchester gehaltenen Rede, wenn Lloyd George die Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter zu einer Konferenz zusammenberufe, so würden ihm die Bergarbeiterführer *unverzüglich* alle *Wünsche* wegen der von ihm verlangten erhöhten Förderung geben können. Die Haltung der Eisenbahn- und Transportarbeiter ist immer noch ungewiß. Thomas hat in der heutigen Konferenz der Eisenbahnbelegten seine ganze *Verbitterung* aufgewandt, um die Eisenbahner von dem Gedanken eines Sympathiestreiks abzubringen.

Ul. Basel, 21. Oktober. Von acht im Südbahnhof von London tagenden Eisenbahnvorparlamenten haben sich sieben für den *Solidaritätstreik* mit den Bergarbeitern ausgesprochen. — Der Führer der Arbeiterpartei, Henderson, erklärte, angesichts des ungeheuren Schadens, den die Fortführung des Bergarbeiterstreiks in den verschiedenen Industrien verursacht, einen baldigen *Ausgleich* für möglich. Die Lohnförderung der Bergarbeiter soll sich in einigen Tagen durch ein unparteiisches Schiedsgericht lösen.

Wirkungen des Streiks.

Amsterdam, 20. Oktober. Telegramm meldet aus London vom 19. 10.: Die Lage im Bergarbeiterstreik war am zweiten Tage *unverändert*. Alle Bergarbeiterführer sind nach ihren Bezirken zurückgekehrt. Die Folge des Ausstands macht sich bereits *empfindlich* bemerkbar. In Schottland kehren alle *Eisen- und Stahlwerke* still. 30 000 Metallarbeiter in Durban sind arbeitslos. In Yorkshre wurde mit dem *Reisen* der *Hochseer* begonnen. In Stafford sind 20 000 Metallarbeiter arbeitslos geworden. Die *Arbeitslosigkeit* von 10 000 Arbeitern in den *Schiffbauwerken* von Leicesters wurde *eingeschränkt*, damit der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Die Forderungen auf *Lohnerhöhungen* von 180 000 englischen Fahrleuten und *Motortransportarbeitern* drohen ebenfalls zu einem Streik zu führen. Die *Schiffswerften* werden den Streik nur noch 14 Tage lang aushalten können. Im nördlichen Yorkshre steht der größte Teil der *Eisen- und Stahlwarenfabriken* still.

Der Streik vor dem Unterhaus.

In der Sitzung des Unterhauses am Dienstag erklärte der Abgeordnete Brace, daß die *Grubenarbeiter* den *Vorschlag* der Regierung, den *Lohnstreik* einem *Schiedsgericht* zu unterbreiten, nicht annehmen könnten, da die Erfüllung der *Lohnforderungen* von einer *Produktionssteigerung* abhängig gemacht werde und die Bergarbeiter eine *Ueberproduktion* befürchteten. Wenn die *Grubenarbeiter* eine *Niederlage* erleiden sollten, dann würde das nicht dazu beitragen, die *Kohlenförderung* zu steigern. Den *Bergleuten* müsse die von ihnen geforderte *Lohnerhöhung* *zugewilligt* werden. Ferner forderte der Führer der Arbeiterpartei Adamson Lloyd George auf, sobald als möglich eine *Konferenz* aus *Vertretern* der *Bergwerksbesitzer* und der *Bergarbeiter* einzuberufen, um die *Vorschläge* von Brace zu beraten. Lloyd George erklärte, er sei bereit, eine solche *Konferenz* einzuberufen; er werde gern mit der *Leitung* des *Bergarbeiterbundes* zusammenkommen, wenn dieser bereit sei, die *Unterhandlungen* auf *Grund* folgender *beiden Bedingungen* zu führen: einerseits *Lohnerhöhung* und andererseits *höhere Kohlenförderung*.

Die *Vertreter* der *Bergarbeiter* sprachen sich *sehr* *enttäuscht* darüber aus, daß die Regierung daran festhalte, daß jede *Lohnerhöhung* von der *Steigerung* der *Produktion* abhängig gemacht werden müsse. Der *Präsident* des *Verbands* der *schottischen Bergleute* sagte seine *Ansicht* dahin zusammen, daß die *unveränderte* *Stellung* der Regierung die *Bergarbeiter* in ihrem *Entschlusse*, durchzuhalten, nur *bestärken* werde. Der *Vertreter* von *Edwards* erklärte, um aus der *schwierigen* Lage herauszukommen, gäbe es nur einen *Weg*: die Regierung müsse die *Lohnforderungen* der *Bergleute* *bewilligen* und darauf *vertrauen*, daß nach den *gegebenen* *Versprechungen* die *Bergleute* in *Verbindung* mit den *Grubenbesitzern* *Maßnahmen* treffen würden, um die *Förderung* so *wiel* wie *möglich* zu steigern.

Nach *Anhörung* der *Vorschläge* von Brace hielt der *Kabinettsrat* eine *längere* *Sitzung* ab, worauf *Lloyd George* erklärte, die von Brace gemachten *Vorschläge* seien in *mehreren* *Punkten* *unklar*. Eine *Erhöhung* der *Kohlenproduktion* sei *notwendig*; wenn aber von der Regierung die *volle* *Zustimmung* zu den *Forderungen* der *Bergleute* *gefordert* werde, so bedeute das nichts anderes als daß die Regierung ihre *bisher* *eingenommene* *Haltung* *aufgebe*. Sie *verkenne* *allerdings* nicht, daß das *jetzige* *System* der *Entlohnungen* *verbessert* werden müsse. Er sei *aber* *weiterhin* *bereit*, alle *Vorschläge* zu *prüfen*, die *geeignet* seien, den *Wünschen* der *Arbeiter* *gerecht* zu werden und die *Kohlenförderung* zu *steigern*.

Gegen den Terrorismus der Reichsregierung.

Berlin, 20. Oktober. Die heutige Sitzung des Reichstags war der *Ausweisung* Sinowjews und *Lojowskys* gewidmet. *Ursprünglich* war man der Meinung, die *Angelegenheit* wäre in *kurzer* *Zeit* erledigt. Man hatte aber nicht mit dem *Bedürfnis* der *rechten* *Parteien* des Hauses und der Regierung gerechnet, ihre *Sprache* über den Verlauf des *halbes* *Parteitags* zu *legen*. So kam es, daß die *Angelegenheit* mehr als 4 Stunden in *Anspruch* nahm. Durch einen *Schlusstrag* des „*Demokraten*“ *Schiffer*, für den auch die *Mehrheitssozialisten* stimmten, wurde die *Debatte* nach der *ersten* *Rednerreihe* geschlossen.

Nach dem *Antrage* unserer *Reaktion* handelt es sich nicht nur darum, die *Ausweisung* gegen die *beiden* *Vertreter* der *ruhrischen* *Wolfschweifen* *anzuheben*, sondern die Regierung wird *dabei* *über* *hinaus* *ersucht*, dafür zu *sorgen*, daß die *Polizisteneinrichtungen*, wonach *Ausländer* als *lästig* *ausgewiesen* werden können, *aufgehoben* werden. *Genosse* *Rosenfeld* begründete den *Antrag*, in dem er zeigte, daß die *jetzige* *Politik* der Regierung nur eine *Fortsetzung* der *Bismarckschen* und *Bilowschen* *Ausweisungspraxis* ist. Es sei *höchste* *Zeit*, mit den *veralteten*, *einseitigen* *Kulturverboten* unwürdigen *Zuständen* *Schlus* zu *machen*. Das *Recht* ist eines der *Grundrechte* des *bürgerlichen* *Rechtsstaates*, und *Staaten* wie die *Schweiz*, *England* und *Amerika*, haben *schon* *öfters* *daran* *festgehalten*, daß dieses *Grundrecht* nicht *verletzt* wird. Für die *demokratische* *deutsche* *Republik* liegt jetzt die *allerdingens* *größte* *Verantwortung* vor, dieses *Grundrecht* bei sich *anzuhalten* und zu *verteidigen*. Niemand darf ohne *Rechtsspruch* *ausgewiesen* werden. Die *deutsche* *Regierung* verhält sich bei ihrer *Ausweisungspraxis* aber *auch* *parteilich*, denn die *russischen* *Vertreter* und *Spitzel*, die für die *Reaktion* *tätig* sind, bleiben in *Deutschland* *unberührt*.

Die *Ausweisung* ist aber, nachdem *Sinowjew* und *Lojowsky* einmal die *Einreise* *erlaubt* wurde, *auch* *völlig* *infolge* *quent* und *unberechtigt*. Das *muß* *auch* die *Regierung* *einsch*. Sie ist ja *auch* *erst* *vorgegangen*, nachdem sie durch die *reaktionäre* *Presse* und den *Reichsbürgerrat* dazu *angegereizt* worden ist. *Beide* *Sinowjew* und *Lojowsky* mit *ihren* *Reden* in *Halle* gegen *Strasparagraphen* *verstoßen*, so würden wohl die *Staatsanwälte* *eingeschritten* sein. Die *Ausweisung* ist aber *außerdem* *eine* *Dummheit*, denn beide waren ja im *Begriff*, *Deutschland* zu *verlassen*. Das *Vorgehen* gegen die *Kauf* ist *aber* *nur* der *Ansatz* zu *neuen* *Verfolgungen*, die gegen die *revolutionäre* *Arbeiterklasse* *Deutschlands* *bedachtigt* sind. Der *preussische* *Justizminister* hat *bereits* an die *Staatsanwälte* *Anweisungen* zu *strenge* *Vorgehen* *ergehen* lassen.

Die *Rede* des *Außenministers* Dr. *Simons* zeigt, daß der *Kurs* in *Deutschland* *stark* *nach* *rechts* *gesteuert* wird. Ein *Fremdenrecht*, so meinte er, solle *kommen*, aber es werde nicht so *freibeitlich* *ausgehen*, wie es *sich* *Rosenfeld* *denke*. Im *übrigen* *bestritt* er, daß es sich um eine *eigentliche* *Ausweisung* handle, es sei lediglich das *Gesuch* um *Freiwilligkeit* *abgelehnt* worden, nachdem *solche* *Verlängerung* *schon* *einmal* *genehmigt* worden sei. Im *Falle* *Lojowskys* sei dies um so *gerechtfertigter*, als er *alle* *gegnerischer* *der* *Regierung* *eingegangenen* *Versprechungen* *nicht* *gehalten* habe. Die *Ausweisung* sei *aber* *auch* *notwendig* *geworden*, denn man könne dem *Treiben* der *beiden* *Russen* *unmöglich* *länger* *zusehen*. Auf *etwas* *geringfügiges* *Vorgehen* konnte die *Regierung* *auch* *nicht* *warten*, da sie *unter* *Umständen* *sogar* *mit* *einem* *Freispruch* *Sinowjews* *rechnen* *mußte*. Die *Unabhängige* *Sozialdemokratische* *Partei* habe sich mit *besonderem* *Nachdruck* für das *Verbleiben* der *beiden* *Russen* *in* *Deutschland* *eingesetzt*. Mit *Zitaten* aus den *Reden* von *Sinowjew* wollte der *Außenminister* *dann* *beweisen*, daß sie *gegen* das *Staatsgesetz* *verstoßen*. *Ueber* die *Neu-Kommunisten* fällt er das *Urteil*, daß sie *infolge* *quent* seien, denn *wer* die *21* *Bedingungen* von *Moskau* *annehme*, könne sich *unmöglich* *nach* *Unabhängiger* *Sozialist* *nennen*.

Die *Mehrheitssozialisten* werfen auch das *Grundrecht* des *bürgerlichen* *Rechtsstaates*, das *Recht*, zum *alten* *Eisen*. Um das *Trauerpiel* *vollständig* zu *machen*, schickten sie den *alten* *Bernstein* vor, der ihre *ablehnende* *Haltung* *begründen* mußte, er, der das *Recht* der *Schweiz* und *Englands* *selbst* *mehr* *als* *zwei* *Jahrzehnte* in *Anspruch* *nehmen* mußte. Die *Maßnahmen* der *Regierung* sind nach *Ansicht* der *Mehrheitssozialisten* *voll* *gerechtfertigt*. *Ungeheuer* geht die *Forderung* nach *Beilegung* der *Polizisteneinrichtungen* *Bernstein* *nicht* *weit* *genug*; nicht *durch* *richterliches* *Urteil*, sondern *durch* *einen* *parlamentarischen* *Ausschuss*, dem die *Regierung* *verantwortlich* ist, solle die *Entscheidung* über *Ausweisungen* *übertragen* werden; mit *seiner* *Fraktion* stimmte *Bernstein* *dann* *gegen* den *Antrag*.

Die *Redner* der *Rechtsparteien*, der *Nationalist* *Wulle* von der *deutschen* *Zeitung* und der *katholische* *Bürgermeister* aus *Lichtenberg*, von *Marecki*, ritten ihr *Siedenpferd* *gegen* die *revolutionäre* *Arbeiterbewegung*. Mit *besonderem* *Nachdruck* *for*